

# Dresdner Volkszeitung

Hauptkontor: Dresden,  
Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Kontor:  
Güt. Kröhler, Dresden.

Diese Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Messdorf und Dresden-Altstadt

Bezugspreis einschließlich Fringerlohn monatlich 5000.— M., durch die Post bezogen monatlich 5000.— M., unter Streifen für Deutschland wöchentlich 1750.— M., Einzelnummer 200.— M., Sonnabendnummer 300.— M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25201.  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25201.  
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 6spaltige Komparillezeile 400.— M., auswärts 500.— M., die 8spaltige Komparillezeile 1000.— M., auswärts 1200.— M., Ausland 2400 u. 2500 M. Bei mehrmaliger Ausgabe Ermäßigung. Familienangehörige, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Fernübertrag. 150 Proz.

Nr. 93

Dresden, Sonnabend den 21. April 1923

34. Jahrg.

## Der entlarbte Dresdner Bürgerrat

Ein Schlupfwinkel der Reaktion — Herr Wulle als Zeuge

Der Dresdner Bürgerrat hat folgende Erklärung veröffentlicht:

Der Herr Minister des Innern hat in der Landtags-Sitzung vom 17. April 1923 gesagt, der Verdacht wäre begründet, daß der Dresdner Bürgerrat eine verdeckte und verkappte Fortsetzung der Deutschvölkischen Freiheitspartei sei. Der Herr Minister des Innern befindet sich in einem Irrtum, der augenscheinlich daher kommt, daß seine politische Tätigkeit bisher im wesentlichen in Leipzig lag. Der Dresdner Bürgerrat ist bereits am 15. November 1918 unter dem Vorsitz des jetzigen Reichsjustizministers Dr. Heine gegründet worden und erstreckt die Zusammensetzung aller bürgerlichen Elemente zum Schutze ihrer Interessen gegenüber dem Marxismus. Von den fünf ersten Vorsitzenden, die im Laufe der Jahre den Dresdner Bürgerrat geleitet haben, gehörte nur einer in den Jahren 1919/20 der Deutschnationalen Volkspartei an, während vier, darunter der jetzige erste Vorsitzende, aus den Kreisen der Volkspartei kamen. Dr. Gronau, den der Herr Minister besonders genannt hat, ist bereits seit Monaten nicht mehr geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Dresdner Bürgerrates, da er eine Stellung im Wirtschaftsleben angenommen hat. Somit fällt der Verdacht, den der Herr Minister ausgesprochen hat, in sich zusammen. Der Beschluß über die Schaffung eines bürgerlichen Ordnungsdienstes wurde in einer ordentlichen Vorstandssitzung gefaßt, welcher Mitglieder verschiedener bürgerlicher Parteien sowie Vertreter verschiedener Berufsgruppen beizuhören. Die in dieser Sitzung für den zu schaffenden Ordnungsdienst aufgestellten Richtlinien werden bei der Bildung desselben streng befolgt werden.

Der unverschämte Ton dieser Veröffentlichung und die Unterfröhenheit, mit der hier Tatsachen abgeleugnet werden, veranlassen uns, näher auf die Dinge einzugehen.

Zunächst sei noch einmal an die Entscheidung des Staatsgerichtshofes erinnert, der feststellte, daß die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei unter Führung Hitlers entschlossen ist, zur Erreichung ihrer Ziele, wenn nötig, Gewalt anzuwenden. Die Partei arbeitet augenscheinlich auf die Errichtung einer nationalen Diktatur hin... zu ihren Zwecken gehört, Mahregeln der Verwaltung mit ungesetzlichen Mitteln zu verhindern und zu entkräften. Die Deutschvölkische Freiheitspartei ist aber nichts anderes als eine verkappte Weiterführung der verbotenen Nationalsozialistischen Partei. Den Beweis dafür erbrachte — ganz abgesehen von dem umfangreichen Material, das von Preußen und Thüringen veröffentlicht wurde — u. a. die Verammlung am 17. März in Meissen, in der die Mitglieder der Nationalsozialistischen Partei offen aufgefordert wurden, wenn diese Partei verboten wird, der Deutschvölkischen Freiheitspartei beizutreten. Wenn es aber auch zu einem Verbot der Deutschvölkischen Freiheitspartei kommen sollte, dann soll man sich der Deutschnationalen Volkspartei anschließen! Diese Feststellung gibt auch die Erklärung dafür, warum sich die deutschnationalen Abgeordneten und die deutschnationalen Kreise so warm für die Freiheitspartei einsetzen! Sollte den Herren von rechts das bisher Vorgebrachte aber noch nicht genügen als Beweis für die enge Verknüpfung von Nationalsozialisten, Deutschvölkischen und Deutschnationalen, so können wir uns auf einen auch für die rechtsten Richter gewiß unüberwindlichen Beleg berufen: auf Herrn Wulle! Herr Wulle schreibt bei seinem Besuch in Dresden eine Ortsgruppe der Deutschvölkischen Freiheitspartei zu gründen, seinen Dresdner Freunden:

Was die Nationalsozialisten anbetrifft, so gehen diese in Preußen in großen Mengen über. Ihr Programm ist ja letzten Endes das selbe wie das unsrige. Die Verhandlungen mit den Führern würden hoffentlich wohl baldigt zu einem guten Ende gebracht werden. Die Deutschsozialisten, Ortsverband nationalsozialistischer Soldaten und die Großdeutsche Arbeiterpartei haben zum großen Teil ihren Anschluß an unsere Partei (die Deutschvölkische Freiheitspartei, Abt. d. V.) erklärt. Herr Kunze allerdings selbst trägt noch Bedenken. Was Hitler selbst anbetrifft, so hat er für Bayern allerdings Programmpunkte aufgestellt, welche wir als parlamentarische Partei nicht voll vertreten können. Ein Hindernis aber für ein gemeinsames Zusammengehen liegt unserer Meinung nach nicht vor. Im allgemeinen können unsere zum größten Teil aufgewachsenen vaterländischen Verbände sich nur dann durchsetzen, wenn sie durch unsere parlamentarische Vertretung zur Geltung kommen. Daher liegt der Zwang vor, daß wir obige Verbände letzten Endes in uns aufsaugen müssen.

Die Forderungen der Nationalsozialisten sind den unsren im ganzen gleich.

Sollte das noch nicht deutlich genug sein, so wollen wir einen andern Brief des Herrn Reichstagsabgeordneten Wulle zitieren. Er schreibt an Herrn Erich Rudolf in Dresden:

Sehr geehrter Herr Rudolf!  
Ihre Frage kann ich dahin beantworten, daß die Deutschvölkische Freiheitspartei ihrem Grundcharakter nach das selbe ist wie die Hitlerbewegung im Süden. Einige Programmunterschiede ändern daran nicht das geringste, abgesehen davon, daß die Verhältnisse im Norden wesentlich andre sind wie im Süden. Im übrigen ist unser Programm selbstverständlich noch nicht abgeschlossen. Es ist in Entwicklung begriffen. Infolge der Gleichartigkeit unserer Bestrebungen hat sich auch die Großdeutsche Arbeiterpartei, die durch und durch

nationalsozialistisch ist, mit uns verschmolzen. Sie können also mit Recht sagen, daß in der Hitlerbewegung etwas Verwandtes, im wesentlichen sogar Gleichartiges wäre. Beide Bewegungen wollen die politische Macht erringen, die überhaupt die Voraussetzung ist für die Durchführung der schönen Programmpunkte, derenwegen wir uns heute wahrhaftig nicht den Schädel einschlagen wollen. Ich bitte Sie also, mit Hochdruck an die Ausdehnung der Organisation zu gehen. Vielleicht nehmen Sie auch Verbindung mit Herrn Dr. Gronau, Dresden-A., Reichsstraße 24 II, der sich bereit erklärt hat, in unserm Willen zu arbeiten.

Mit deutschem Gruß

Richard Wulle.

Aber — erklärt der Dresdner Bürgerrat mit schweißigen Augenausschlag — was wollt ihr denn eigentlich! Dieser Dr. Gronau ist ja bereits seit Monaten nicht mehr geschäftsführendes Vorstandsmitglied bei uns! Es wird jedoch dem Dresdner Bürgerrat nicht gelingen, den so arg blödsinnigen Herrn Dr. Gronau von sich abzuschütteln! Und selbst den günstigsten Fall gelte, die übrigen Bürgerratsmitglieder haben wirklich nichts von den Beziehungen zur Deutschvölkischen Freiheitspartei gewußt, so würde das höchstens beweisen, daß der Dresdner Bürgerrat selbst keine Abnung hat, wozu er von den Rechtsputzschneidern benutzt werden sollte und weiter benutzt wird!

Wenn aber Herr Wulle, Dr. Gronau und seine Freunde glauben, das Dresdner Bürgerratsgebilde für ihre verfassungswidrigen und verbotenen Zwecke benutzen zu können, so haben wir Sozialisten, so hat auch die sächsische Regierung ganz gewiß keine Veranlassung, diesen Bürgerrat für so harmlos zu halten, wie er sich immer hinstellt.

Und wie stellt sich der „harmlose“ Bürgerrat zu der Tatsache, daß Dr. Gronau bei der Haussuchung am 4. April d. J. bei ihm vorgekommen wurde, erklärte: „Sein Material über die Deutschvölkische Freiheitspartei befand sich in „seinem“ Bureau, nämlich in dem Bureau des Dresdner Bürgerrates!“

Das beweist, daß es sich bei den Verhören des Dresdner Bürgerrates, Dr. Gronau von sich abzuschütteln, nur um einen unerschütterten Täuschungsversuch handeln kann.

## England fordert einen deutschen Vorschlag

London, 20. April. Im englischen Oberhaus hielt Außenminister Lord Curzon eine bemerkenswerte Rede über den Ruhrkonflikt, wobei er den Rat, die deutsche Regierung möge ein Angebot machen, nachdrücklich wiederholte. Lord Curzon führte aus:

## Die Triebkräfte der Aufstände

Aus Mülheim wird uns geschrieben:  
Die Mülheimer Vorgänge und ebenso die Demonstrationen in Essen tragen zweifellos politischen Charakter. Dies zeigte die ganze Kampfesführung. Der Hauptgrund der Ereignisse liegt in den allgemeinen wirtschaftlichen Zuständen, wie sie durch die Verschwendung hervorgerufen wurden. Durch die Sperrung der Ausfuhr ist die deutsche Produktion stark behindert. Die Arbeiter sind zu großen Teilen beschäftigungslos, sie erhalten das zum Leben Notwendige von der produktiven Erwerbslosenfürsorge. Es ist nicht zu bestreiten, daß durch diese Instanz große Summen an die Erwerbslosen ausgezahlt wurden, und sie im Rahmen des Möglichen alles getan hat, um das größte Elend abzumildern. Aber die Verschwendung der Gelder durch die Verschwendung und die vielfach erfolglose Aufhebung dieser Stellen, die eine Verzögerung der Auszahlung nach sich ziehen, haben den Mut zur Abwehr nicht, sondern müssen zu einer allgemeinen Verärgerung führen, die von der französisch-belgischen Besatzung herbeigeführt wurde. Leider scheinen die Berliner Regierungsstellen das vielfach zu übersehen. Sie beurteilen die Gesamtsituation im Westen Deutschlands von Berlin aus, ohne an all die Gefahren zu denken, die eine solche einseitige Beurteilung mit sich bringt. Insofern finden wir es verständlich, wenn unsere Gewerkschaften im Ruhrgebiet die Regierung von der Schuld an den blutigen Vorfällen nicht ganz freisprechen, weil sie es abgelehnt hat, den Schadenspruch für das Daugeverbrechen für verbindlich zu erklären, und so den Seßern gegen Mülheim indirekt dienlich.

Es bleibt eine alte Erfahrung, daß wirtschaftliche und politische Mißverhältnisse von Verbrechern ausgenutzt werden. Diese von der kapitalistischen Ordnung gezeichneten Elemente haben gerade in letzter Zeit besonderen Zutrom im Ruhrgebiet gefunden, nachdem Herr Degoutte das Ruhrgebiet systematisch von Polizei entblökte, einen maßgebenden Kopf nach dem andern auswich und damit in der Hauptstadt das vorbereiten half, was sich jetzt ereignet hat. Leider aber: Sehtätig ist auch die Vermutung, daß kommunistische Wurzeln ihre Wunden im Spiel haben. Schon oft ist von kommunistischer Seite der Versuch gemacht worden, unter Ausnutzung der wirtschaftlichen Verhältnisse und unter wirtschaftlichen Vorzeichen politische Ziele durchzuführen, obwohl sich jeder logisch

denkende Mensch von vornherein klar darüber sein mußte, daß jede kommunistische Aktion in Deutschland unter den heutigen Verhältnissen unmöglich sein muß. Im Ruhrgebiet soll diese Lokalkriegsaktion erneut Anwendung finden. So hat z. B. die kommunistische Bezirksleitung in Essen in ihren Richtlinien über die Haltung zur Arbeitslosenfrage ihren Anhänger anbefohlen, daß die Dinge „weiter getrieben“ werden sollen und daß, falls die kommunistischen Parolen keinen Anklang finden, die revolutionären Elemente in den Gewerkschaften die Führung zu übernehmen haben. Einwandfrei steht übrigens fest, daß sich die gesamte Besatzung der Ruhr durch die Dursburg an den Vorfällen im Mülheim direkt oder indirekt beteiligt hat. Sie wurde in Automobilen an den Aktionsort geschafft. Hier bleibt die Frage offen, wer hat die Automobile besorgt oder wer hat das Geld zu diesen Transporten zur Verfügung gestellt? Die Franzosen haben in Mülheim die Kämpfe geleitet, Veranlassung von Verstärkungen verhindert und in jeder Weise die Aufständischen begünstigt. Das sagt genug. Es ist leider zu befürchten, daß sich das Mülheimer Beispiel bald in Folge der ungünstigen Verhältnisse, insbesondere der indirekten Hilfe der Franzosen, wiederholen wird. Die organisierte Arbeiterkraft im Westen Deutschlands hat deshalb die Pflicht, dem vorzubeugen. Schließlich muß aber auch den Führern die Rettung aus der Hand gleiten, wenn sich Worten keine Taten folgen. Die Reichsregierung muß sich endlich damit abfinden, daß der Durchhaltegeist nicht von endloser Dauer ist, und daß innerhalb der Arbeiterkraft und auch der übrigen Bevölkerungskreise nach der langen Dauer der Abwehr, die unabhägliche Opfer und unbefriedigende Entbehrung fordert, das Verlangen nach ruhigeren, friedlichen Zeiten herrscht. Ihre Politik muß jetzt auf Verbesserungen eingestellt werden!

wenn Deutschland irgendein Anerbieten seiner Bereitschaft und seiner Absicht, zu zahlen, machte

und seines Bankrotts, die Summen durch eigens mit dieser Aufgabe betraute Autoritäten festsetzen zu lassen, und wenn dieses Anerbieten gleichzeitig genaue Bürgschaften für die Fortsetzung der Zahlungen enthielte, ein Fortschritt erzielt werden könnte. Frankreich hat mehr als einmal zu verstehen gegeben, daß es willens ist, einen solchen Vorschlag entgegenzunehmen, ganz gleich, ob er an Frankreich oder seine Verbündeten gemacht wird.

Es liegt im allgemeinen Interesse, daß ein solcher Vorschlag gemacht wird.

Früher oder später muß es dazu kommen, und meiner Meinung nach je eher desto besser. Das ist der Kern des Rates, den ich andauernd der deutschen Regierung gegeben habe, und ich sehe keinen Grund, an ihrer Weisheit zu zweifeln. Sobald ein Schritt unternommen würde, würde Englands Hilfe sich für beide Parteien zeigen, und er sei nicht ohne Hoffnung, daß auf dieser Linie noch eine Lösung gefunden werden könne. Ich sehe die Tür noch nicht als geschlossen an.

Was die Frage der Sicherheiten betrifft, so sind wir willens, zu einer passenden Zeit in der Zukunft Pläne oder Vorschläge zu erörtern. Dies kann aber nicht durchgeführt werden auf Kosten einer Herabsetzung Deutschlands oder dadurch, daß man eine neue Wunde im Herzen Europas aufreißt. Wenn Garantien gegeben werden sollen, so sollten es vorzugsweise Garantien sein, die ihrer Natur nach gegenseitig sind.

Curzon schloß: Ich bin voller Hoffnung, daß die Zeit kommen wird, wo unser Einfluß und unser Autorität mit Nutzen in der Richtung eingesetzt werden können, daß sie die beiden Hauptparteien zusammenbringen zur Lösung des Problems, das ein Weltproblem und ein Friedensproblem ist.

## Beruhigung in Mülheim

Essen, 20. April. (Ein. Drahtbericht.) In Mülheim ist die Ruhe wieder hergestellt. Die Straßenbahnen fahren wieder, in allen Betrieben wird gearbeitet. Der Beschluß der Funktionäre der Firma Thyssen, in den Generalstreik zu treten, wurde von der Arbeiterkraft abgelehnt. An den Kurven hat sich eine große Anzahl auswärtiger Kommunisten beteiligt. Es steht einwandfrei fest,